

18. Wahlperiode

---

## **Antrag**

der Fraktion der FDP

### **Ehemaliges Polizeigefängnis Keibelstraße: Gedenkstätte für alle**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, das ehemalige DDR-Polizeigefängnis in der Keibelstraße als „Gedenkstätte für alle“ fortzuentwickeln. Die derzeit geplanten Investitionen zur Umsetzung der Projektvereinbarung zur nutzerspezifischen Herrichtung des Lernortes werden dahingehend aktualisiert, dass außerhalb der Nutzungszeiten für Schul- und Jugendgruppen, d.h. wochentags in den späten Nachmittags- und frühen Abendstunden sowie ganztätig an Wochenenden die Gedenkstätte für den allgemeinen Publikumsverkehr nach Maßgabe der örtlichen Gegebenheiten (Fluchtwege) geöffnet wird.

#### ***Begründung:***

---

Mit dem ehemaligen Polizeigefängnis in der Keibelstraße steht Berlin ein besonderer Lernort für die totalitaristische Unterdrückung der Opposition und Andersdenkender in der DDR für die Lehr- und Lernarbeit für Schüler- und Jugendgruppen zur Verfügung. Zwar ist das derzeit in Präzisierung befindliche gedenkstättenpädagogische Konzept zu begrüßen, welches den Schul- und Jugendgruppen mittels intensivem Erleben und multiperspektivisches Vertiefen, einen nachhaltigen Lernprozess ermöglicht, doch muss es das Ziel bei der Wiederherrichtung sein, dass täglich mehr als die derzeit geplanten 2-3 Schulklassen oder Gruppen (à max. 30 Personen) den Gedenkort besuchen können.

Daher ist sowohl bei den baulichen Planungen, aber vor allem bei den organisatorischen Festlegungen darauf zu achten, dass die Gedenkstätte auch in den Nebenzeiten (am Nachmittag, in den frühen Abendstunden und ganztägig an Wochenenden) dem Besuch der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Berlin, 13. Juni 2017

Czaja, Förster, Kluckert  
und die weiteren Mitglieder  
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin